



Änderungsantrag

der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN und des SSW

Neues Schulgesetz erfordert neue Lehrerbildung

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 16/1298

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bis zur 23. Tagung ein Konzept für die Neuorientierung der Aus- und Weiterbildung der LehrerInnen zu erarbeiten.

Dieses Konzept soll folgende Elemente enthalten:

- Aufnahme von neuen Methoden des Unterrichtens in Theorie und Praxis des Lehramtstudiums, z.B. Methoden der individuellen Förderung in inhomogenen Gruppen, das Unterrichten in größeren zeitlichen Blöcken, fächerübergreifend oder in Fächergruppen, Eigenarbeit nach Lernplänen und mit Ergebnispräsentation sowie Gruppenarbeit.
- Neuordnung der Studiengänge in der Lehrerbildung, um auf das Unterrichten in Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen vorzubereiten;
- stärkere Verzahnung zwischen Theorie und Praxis und Reform des Referendariats;
- eine Anpassung des Fortbildungsangebots an die Nachfrage der Lehrkräfte bzw. an die tatsächlichen Bedarfe im Rahmen der Qualitätsentwicklung von Schulen – auch durch ein eigenes Fortbildungsbudget für die Schulen.

Begründung:

Mit der Verabschiedung des Schulgesetzes kommen auf die Schulen erhebliche Veränderungen zu. Die flächendeckende Einführung von Gemeinschafts- und Regionalschulen und die weitgehende Abschaffung des Sitzenbleibens erfordern neue Formen des Unterrichts mit individueller Betreuung und Förderung sowie einer inneren Differenzierung des Unterrichts mit Gruppenarbeit und selbständigem Arbeiten der SchülerInnen. Die Veränderungen des Unterrichts erfordern notwendig eine Veränderung der Lehrerbildung. Zudem widerspricht die derzeitige Gliederung der Lehrerausbildung nach Schularten den international üblichen Standards der Abschlüsse im Rahmen des Bologna-Prozesses.

Angelika Birk
für die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

Anke Spoorendonk
für die Abgeordneten des SSW